

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868**

22.1.1868 (No. 18)



# Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 22. Januar.

N. 18.

Voransbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.  
Einkaufsgebühr: die gepaltene Beilage oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

## Telegramme.

† **München**, 21. Jan. Die Reichsrathskammer hat das modifizierte Wehrgesetz mit 32 gegen 10 Stimmen angenommen. Statt der früher beschlossenen vierjährigen Dienstzeit in der Reserve wurde gemäß dem Beschluß der Abgeordnetenversammlung die dreijährige Dienstzeit bei der Reiterei wurde einstimmig beibehalten.

† **Wien**, 21. Jan. Man meldet der „Allg. Ztg.“ von hier, der preussische Konsul zu Belgrad sei instruiert, dem Fürsten Vorstellungen über die Klüftungen Serbiens zu machen und seine Sprache nach der des österreichischen Konsuls einzurichten.

† **Rom**, 21. Jan. Das „Giorn. di Roma“ widerlegt die Gerüchte von einer Schließung der Thore Roms und von einem blutigen Zusammenstoß zwischen Zuaven und Garibaldianern zu Viterbo.

## Badischer Landtag.

† **Karlsruhe**, 21. Jan. 57. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer der Landstände. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Regierungskommissäre: Kriegsministerialpräsident, Generalleutnant Ludwig, Ministerialpräsident Dr. Jolly und Oberst Götz.

Tagesordnung. Fortsetzung der Berathung des vom Abg. Ramey erstatteten Berichts über den Entwurf eines Kontingentsgesetzes.

Nachdem der Abg. Seiz einen druckfertigen Bericht angezeigt hat, wendet sich die Kammer zum Gegenstand der Tagesordnung.

Abg. v. Feder verweist auf die Erklärung des württembergischen Kriegsministers. Von unserer Regierung hätte man gern einen Widerspruch gehört, indem der Hr. Präsident des Ministeriums des Innern von großen Lasten, welche das Gesetz auferlegt, gesprochen habe, während der Hr. Kriegsminister dieses Gesetz als eine Wohlthat hinstellte. Er (Redner) habe eine dreijährige Präsenz längst hinter sich. Schon zu Bundesstagszeiten habe es für patriotisch gegolten, an der sog. Soldatenleibhaberei möglichst zu rütteln. Wenn die Umstände eine Mobilmachung erheischen, sei das nötige Geld noch immer gern bewilligt worden. Wenn auf den Militärkonferenzen im Einverständnis mit Preußen Beschlüsse gefaßt worden seien, so solle man nicht weiter gehen als diese. Von der Regierungsbank habe er gehört, wir hätten jetzt erst ein Vaterland gefunden; das könne er nicht zugeben, denn über jeder Form stehe das Vaterland. Es sei von Philistertum gesprochen worden, allein die Philister seien es nicht, über welche sich die Regierungen zu beklagen hätten. Wenn weiter gesagt worden, man müsse sich waffnen bis an die Zähne, so müsse er bemerken, wenn er nicht gewissermaßen ein alter Soldat wäre, hätte er bei diesen Worten Gänshaut bekommen.

In allen Kammern, wo die Regierung Geld oder Mannschafft zur Vermehrung des Militärs verlange, werde diese Aeußerung gethan; man verweise auf Gefahren, während die offiziellen Versicherungen nur von Frieden und wieder von Frieden sprächen. Er glaube, daß diese offiziellen Versicherungen ehrlich gemeint seien und nicht, wie der Politiker hinter dem Bierglas behaupte, auf Lug und Trug beruhten. An der Politik des Grafen Bismarck sei ihm nur das Eine nicht klar, ob er eine national-liberale Richtung verfolge. Im Uebrigen vertraue er dessen Worten und halte fest an dem, was der Graf auf der bekannten Jagdpartie gesprochen. Daß Frankreich einen Krieg mit Deutschland beginnen werde, sei äußerst unwahrscheinlich; er glaube nicht an einen solchen Krieg. Die Vereinbarung der Militärkonferenz spreche nur von einem Anstreben der dreijährigen Präsenz; wenn daher eine zweijährige Präsenz mit dieser Vereinbarung in Einklang zu bringen sei, solle man nicht ein Mehr thun; zwei Jahre seien für Ausbildung eines Mannes genügend. Eine Bedingung, daß wir 1 Prozent Soldaten anheben müssen, um in den Norddeutschen Bund zu kommen, bestehe nicht; wenn eine solche Anforderung vorläge, wäre er der Letzte, der sie verweigern würde; allein sie liege nicht vor. Wenn gesagt würde, der Norden erwarte von uns vermehrte Leistungen, so sei das im Widerspruch mit einer Aeußerung, welche Graf Bismarck in der 26. Sitzung des norddeutschen Reichstags gethan. Auch mit dem höchsten Maß unserer Leistungen werden wir es nicht dahin bringen, ein großes Gewicht in die Waagschale der Entscheidung zu werfen; denn selbst wenn wir 6000 Mann mehr in die Schlachtlinie einrücken ließen, werde das unbedeutend sein. Wenn wir die Interessen des Landes und Volkes mit den nationalen Anforderungen vereinigen wollen, so hätten wir genug gethan, wenn wir nicht mehr thäten als unser Nachbar.

Ministerialpräsident Dr. Jolly: Der Vorredner habe mit vollkommener Klarheit gezeigt, wer die Opposition mache und wer nicht, nämlich die Demokratie, welche derselbe vertrete, und allerlei mit der Demokratie mehr oder weniger in Verbindung stehende Elemente. Dadurch habe er der Regierung eingeschoben genügt, denn die Kammer habe schon zu oft betont, daß sie die Politik dieser Fraktion nicht theile. Eine Verschie-

denheit der Auffassung dieser Frage bestehe in dem Schoß der Großen Regierung nicht; alle Mitglieder derselben befänden sich in unterschiedenen Einfeldern.

Kriegsministerialpräsident, Generalleutnant Ludwig bestätigt die letztern Worte des Vorredners auch von seiner Seite und bemerkt, daß die dreijährige Präsenz energisch festgehalten werden müsse.

Abg. Kufel wird mit dem Kommissionsantrag stimmen und nur zum Artikel 4 einen Abänderungsvorschlag machen, dahin gehend, daß das Gesetz mit Ablauf der Bundesperiode seine Wirksamkeit verliere. Dem Abg. v. Feder gegenüber wolle er nur das Eine sagen: er anerkenne seine Ironie, seine Witze; allein: man merke die Absicht, und man wird verstummt. Daß mit diesem Gesetz dem Land eine große Last auferlegt werde, gebe er zu; allein er glaube nicht, daß deswegen das Volk sein Vertrauen zu seinen Vertretern und der Großen Regierung verliere, denn man kann die Opfer rechtfertigen, weil das Ziel, das wir mit ihnen erreichen wollen, klar und bestimmt vor uns stehe. Er schliesse mit den Worten: „Wir thun, was unsere Pflicht ist.“

Abg. Friedrich: Schon oft habe man ihm den Vorwurf gemacht, daß er in Geldfragen allzu bedentlich sei. Daraus könne man schließen, wie viel Mühe es ihn gekostet habe, in dieser Frage zu einem Beschluß zu kommen. Er sei aber jetzt entschlossen und werde dem Gesetz zustimmen. Er erinnere sich an die Verpflichtungen, welche man bei der Abstimmung über die Adresse und den Allianzvertrag übernommen habe. Wer gegen das Gesetz sei, muthe uns zu, die Opfer dem Volk nicht aufzuliegen, welche jene Verpflichtungen erforderten. Die Absicht des Abg. Woll gehe dahin, das Wehrgesetz durch dieses Gesetz zu befestigen; sein Vorschlag laufe darauf hinaus, jährlich 64 Mann mehr zu bewilligen; derselbe habe von den Kriegern gesprochen, welche der Deutsche Bund geführt; allein derselbe habe nur einen bescheidenen Antheil am Krieg in Schleswig-Holstein genommen, sonst niemals Krieg geführt. Wenn man die Summen zusammenrechne, welche uns die vielen Mobilmachungen in den letzten 50 Jahren gekostet, wenn man die Ersolge der Bundesarmee von 1866 in das Auge fasse, dann komme man zur Ueberzeugung, daß wir seither für das Militär so viel aufgewendet hätten, als jetzt gefordert werde, daß aber die seitherigen Einrichtungen nicht mehr weiter bestehen bleiben dürfen. Wenn man dem Kommissionsantrag beistimme, werde man den seitherigen Beschlüssen getreu bleiben und erfülle eine heilige Pflicht gegen das Vaterland.

Abg. v. Freydrf: Wenn auch ein rechtlicher Grund nicht dafür vorliege, daß wir unsere Heereseinrichtung der preussischen anpassen, so gäbe es genug politische und moralische Gründe. Wenn die Abgg. Kossirt und Moll gesagt hätten, der Allianzvertrag verpflichte uns zu gar nichts, so möchte er fragen, ob wir noch Allirte Preußens bleiben könnten, wenn die süddeutschen Staaten je einen Offizier, einen Trommler und sieben Bajonetten, Allemann oder Schwaben als Militär aufstellen, alles Uebrige wegzorganisirten würden. Das sei ein kraßes Beispiel; er wisse, daß alle süddeutschen Staaten ihren moralischen Verbindlichkeiten in höherem Maße nachkämen; allein Norddeutschland und wir hätten auch einen billigen Anspruch auf Einhaltung der Sätze von 1 Prozent Friedens-, 2 Prozent Kriegstärke und dreijährige Präsenz eines großen Theils des Heeres. Preußen könne es gewiß nicht gleichgiltig sein, ob es im Fall eines Krieges 120,000 oder 160,000 Mann in Süddeutschland antreffe. Aber auch die Schlagfertigkeit der Truppen müsse eine ebenbürtige sein. Die dreijährige Präsenz habe nichts zum Versäufungskonflikt in Preußen beigetragen, sie sei schon im Jahr 1856 wieder eingeführt und vom Abgeordnetenhaus gebilligt worden; der Versäufungskonflikt sei wegen der Heeresorganisation im Jahr 1859 entstanden; die Präsenzfrage sei damals nur als Vermittlungsvorschlag eingebracht worden. Die Autoritäten, welche man für die zweijährige Präsenz anföhre, fallen in die dreijährige Jahre, in die Zeit vor Ausbildung der Feuerwaffen und den Entscheidungen von Solferino und Sadawa. Wollte ein süddeutscher Staat eine selbständige Rolle spielen und mit einer Heeresverfassung kommen, die von der norddeutschen wesentlich abweiche, so würde er (Redner) keinen Kreuzer bewilligen, denn ein süddeutsches Heerwesen habe nur Sinn im engen Anschluß an das norddeutsche. Die Abgg. Woll und Kossirt hätten gesagt, wir seien ja noch nicht im Norddeutschen Bund zu was dessen Lasten übernehmen? Diese Herren, deren Gefinnungsgenossen mit die Schuld trügen, daß Süddeutschland noch keinen Anschluß an Norddeutschland gefunden habe, dürften mit solchen Aeußerungen am allerwenigsten kommen. Wenn man warten wolle, bis ein Krieg uns zu dem nötigen, was wir jetzt freiwillig thun wollen, so werde es zu spät sein; denn wenn man dann auch schnell ein Kontingentsgesetz herathe, so habe man damit noch kein Heer. Auch er glaube an den Frieden, allein deswegen könne man die Armeedoch organisiren, denn durch die Friedensversicherungen sei von je her Friede nicht garantiert worden, und alle, welche wir in der neuesten Zeit gehört, hätten ein „Wenn“ und ein „Aber“. Durch die Ausdehnung der preussischen Heeresverfassung über den Norddeutschen Bund sei in diesen Ländern schon die Landwehrpflicht um 7 Jahre herabgesetzt worden; bei weiterer Ausdehnung werde noch

eine größere Erleichterung eintreten können. Man solle dem Gesetz zustimmen und werde dafür belohnt werden durch die Stellung, welche einst der Erfolg, die Geschichte unserer Bestrebungen anweisen werden.

Abg. Koff: Wenn es früher liberal war, gegen das Militär zu wirken, welches zu Nichts diene, so sei es jetzt liberal, für das Militär zu stimmen, da ein Nationalheer geschaffen werden solle. Die gewichtigen Gründe, welche der Graf Bismarck sagte, für Beibehaltung des Friedens sprächen, seien offenbar die Nothwendigkeit unserer Nachbarn und die 700,000 wohlgerüsteten Soldaten, über welche der König von Preußen gebiete; dem letzten gewichtigen Grund wollen wir uns anschließen, indem wir nach der Bestimmung der Bundesverfassung 1 bzw. 2 Prozent der Bevölkerung zum Militär zu nehmen hätten. Mit den süddeutschen Staaten zu gehen, wie der Abg. Bed wünsche, sei unausführbar; denn über die bayrische Politik sei Niemand im Klaren; die neue Aera in Württemberg wolle den Eintritt in den Nordbund nicht, entweder weil es den Herren zu weit sei, mit der Eisenbahn nach Berlin zu reisen, oder wegen der 7 Millionen, welche Württemberg aufwenden müßte. Wenn wir jetzt die Opfer bringen, würden wir die höchsten Ziele erreichen; fähen wir einmal im norddeutschen Reichstag, dann würden wir Gelegenheit haben, auf Erleichterungen im Militärwesen hinzuwirken; wenn aber einmal ganz Deutschland dort vereinigt sei, dann werde auch die jetzt nötige Anspannung der Kräfte aufhören können.

Abg. Holzmann ist für den Kommissionsantrag; den zwei Hauptfaktoren, welche jetzt im Krieg den Ausschlag gäben, der Massenwirkung und dem Mechanismus, entspreche die Vermehrung der Heerstärke und die längere Präsenz. Der Kommissionsbericht, der ein Meisterwerk genannt werden müsse, beschäftige sich auf das eingehendste mit diesen Prinzipien. Der Beschluß, der heute gefaßt werden solle, drücke das Siegel auf alle früheren Beschlüsse; denn er wisse nicht, was unser Wunsch, dem Norddeutschen Bund uns anzuschließen, anders sagen könne, als zunächst möglicher Anschluß an die Bundesverfassung. Wenn der Krieg nicht drohe in den nächsten Jahren, so werde er doch ganz gewiß kommen; diese äußerste Eventualität scheine ihm sehr bestimmend für Annahme des Gesetzes zu sein.

Abg. Lindau ist prinzipiell mit dem Wehrgesetz nicht einverstanden, wie er schon früher erklärt hat; dem Kommissionsbericht, wie er vorliegt, kann er nicht beistimmen.

Ministerialpräsident Dr. Jolly: Er danke dem Vorredner für die schwinglose Art und Weise, in der er seine Ansicht dargelegt; übrigens könne man jetzt sehen, welche Parteien den Gesetzentwurf bekämpfen.

Abg. v. Feder: Wenn er ein Parteimann genannt worden sei, so müsse er dem entgegen, er sei kein Parteimann, sondern ein Fanatiker der Unabhängigkeit nach oben und unten.

Abg. Ghard: Er wolle nicht, daß etwas von der bereits im Wehrgesetz beschlossenen Präsenz geändert werden solle; er sei kein Techniker, aber er wisse so viel, daß über diese Frage die Techniker die verschiedensten Ansichten hätten; es sei ihm deswegen eigenthümlich vorgekommen, als er von Laien ein bestimmtes Urtheil in einer Sache abgeben hörte, über welche die Techniker nicht einig seien. Eine zu lange Präsenz wolle er nicht, denn es wüchsen aus solchen verschiedene Auswüchse hervor, welche sich auch schon in Preußen gezeigt hätten. Daß die Militärmasse auf die Dauer nicht bestehen bleiben könnten, zeige jedes Kursblatt; einige Staaten stünden schon so, daß sie jeden Tag fallen könnten, andere seien auf dem Wege dahin. Er wolle ferner nicht den württembergischen oder bayrischen Prozentsatz von  $\frac{1}{4}$  und  $1\frac{1}{2}$ . Wenn man mit Norddeutschland zusammengehen wolle, so sei es wie eine Art von Fabel, wenn man gar von Annahme des schweizerischen Militärsystems gesprochen habe; man könne nur zusammengehen, wenn man gleichartig gegliedert sei. Auf Konferenzen gebe er nicht viel; er habe von den Konferenzen in Stuttgart und München nie etwas Anderes geglaubt, als daß eben Konferenzen gehalten werden; daß man Vereinbarungen erzielte, habe er nie zugegeben. Blüke man auf die Verschiedenheit, welche in der Heeresorganisation, in der Bewaffnung der drei konferirenden Länder eingeführt werde, so könne man sich davon, daß keine Vereinbarungen zu Stande gekommen, aufs beste überzeugen. Auch er glaube, daß wir in einer Zeit leben, wo die Völker sich neue Lagerstätten suchen, wo zwei Nationen sich erinnerten, daß sie auch noch existirten und einen Platz anzusprechen hätten, und da wolle er nicht den Einrichtungen hindernd entgegenreten, welche die Vertheidigung der gewählten Stätte möglich machen. Aber er glaube, der Zweck, welchen die Großen Kriegsverwaltung durch das Gesetz erreichen wolle, sei möglich, wenn auch die Last der dreijährigen Präsenz möglich erleichtert und die Beurlaubungen gesetzlich geregelt würden. Der Hr. Kriegsminister möge sich äußern, wie viel Urlauber für jedes Jahr angenommen werden können, und dann könnte in Bezug auf diese Zahl im Budget die betreffende Bestimmung getroffen werden.

Kriegsministerialpräsident, Generalleutnant Ludwig: Auf den Konferenzen seien allerdings Vereinbarungen getroffen worden, Vereinbarungen über sehr wesentliche Dinge; die wichtigste Waffe, die Infanterie, sei gleichmäßig organisirt,



und zwar ganz genau nach preussischem System. Ebenso seien die Batterien gleichmäßig organisiert, die Geschütze seien vollkommen gleich. Bayern lege den vollen Satz von 2 Prozent seinem Budget zu Grund, wie Baden. Nach diesen Vereinbarungen erhalte Süddeutschland 160,000 Mann Soldaten, 50,000 Mann Reserve und eben so viel Landwehr; 260,000 Mann geübte und gut bewaffnete Mann seien aber schon ein tüchtiges Heer, und deswegen die Konferenzen nicht als wertlos zu bezeichnen. Der Regierungskommissar entwickelt sodann in längerer Rede, von welchen Erwägungen, technischer und sonstiger Art ausgehend, die Kriegsverwaltung zum Entwurf des Gesetzes gelangt sei, und kommt zu dem Ergebnis, daß weder an der Kriegs- noch Friedensstärke etwas geändert werden könne, ohne dem Ganzen zu schaden. Er könne daher in keiner Weise ein Zugeständnis machen, wie es der Abg. Eckhard wünsche.

Ministerialpräsident Dr. Jolly: Er freue sich über den frischen, freundlichen Ton, der in der Ausführung des Abg. Eckhard herrsche. Er habe Allen aus der Seele gesprochen, wenn er sage, wir dürften nicht im Bürgerhemde als Sünden nach Berlin wallen; so gering dürften wir uns und unser begabtes Volk nicht schätzen. Das Zollparlament werde Gelegenheit geben zu der Erfahrung, daß kein Norddeutscher uns große wegen der Haltung, die wir unter dem Druck der Verhältnisse im Jahr 1866 eingenommen, aber dann könnte man uns scheel ansehen, wenn wir kämen, ohne das früher so oft gegebene Wort eingelöst zu haben. In Bezug auf die Ausführung und Schlussbemerkung des Vordrängers erkläre er: Er sei mit allen Kollegen im Staatsministerium der übereinstimmenden Ansicht, daß es nicht möglich sei, hier in irgend etwas zurückzugeben.

Abg. Schmezer ist für den Kommissionsantrag, möchte jedoch, daß, wenn möglich, auf den Vorschlag des Abg. Eckhard eingegangen würde.

Abg. Kirsner: Als eines der ältesten Mitglieder der Budgetkommission wolle er die allgemeine Diskussion nicht vorübergehen lassen, ohne seine Stellung zum Gesetz zu bezeichnen. Er glaube, daß der Wohlstand Deutschlands einen ganz besondern Aufschwung nehmen werde, sobald die Einheit hergestellt sei; es handle sich also nicht bloß um Erfüllung eines schönen Traumes, sondern um ganz reale und materielle Dinge; dafür müsse man auch reale Opfer bringen; er werde deswegen dem Kommissionsantrag beipflichten. Gegen die dreijährige Präsenz seien verhältnismäßig wenige Petitionen eingelaufen, ziemlich viele aus dem Amtsbezirk Donaueschingen; als er aber den Unterzeichnern die Nothwendigkeit der dreijährigen Präsenz auseinandergesetzt und die durch die Opfer zu erreichenden Ziele bezeichnet habe, hätte man sich ziemlich allgemein mit der Versicherung zufrieden gegeben, daß die dreijährige Präsenz so viel wie thunlich werde gemildert werden. Er wüßte sich deswegen gern dem Vorschlag des Abg. Eckhard angeschlossen haben; nachdem aber die Großh. Regierung sich so sehr gegen denselben ausgesprochen, glaube er, daß mindestens ein bezüglicher Wunsch zu Protokoll erstattet werden sollte. Im Uebbrigen bitte er, dem Antrag des Abg. Moll keine Folge zu geben.

Abg. Moder und Abg. Tritschler erklären sich für den Antrag der Kommission und sprechen sich für die von den Abgg. Kujel und Eckhard angebotenen Amendements aus, weil diese keine prinzipielle Änderungen des Gesetzes, sondern nur Erleichterungen der Pflichten bezweckten.

Der Berichterstatter: Jener Enthusiasmus fehle in Norddeutschland, welcher in Italien bei Schaffung der Einheit geherrscht habe; kläglich sei, wenn man sage, die Süddeutschen müßten rüsten, damit der Norden weniger Soldaten zu halten habe; ihm wäre lieber, wenn der Norden sagte, er vermehre seine Soldaten noch und erober den Süden, wenn er nicht mitgehen wolle. Dieser Mangel an Enthusiasmus mache seine Einwirkung auch auf den Süden geltend. Bei der vorliegenden Frage müsse man sich die politische Lage vergegenwärtigen und nicht auf die Reden des Kaisers Napoleon oder des Grafen Bismarck allein hören. Reden sprechen Ansichten aus, die unrichtig sein können; allein Thatsachen können nicht irre leiten. Schon die Aufstellung des Satzes, wir hätten kein Selbstbestimmungsrecht über unsere nationale Gestaltung, sei eine Beleidigung, welche zum Krieg führen könne; sie sei außerdem eine Drohung. Aus fast jeder Silbe der Reden in der französischen Kammer habe man aber schließen müssen, daß man dort jenem Satz huldige. Regierung und Volksvertretung in Württemberg könne er nicht begreifen; es scheine, daß vor lauter schwäbischem Kleinigkeitsthum die politische Einsicht abhanden gekommen sei. Wenn wir Frankreichs Heeren ebenbürtig bleiben wollen, müssen wir das Heer numerisch erhöhen; wenn wir überhaupt einmal zu einer Leistungsfähigkeit kommen wollen, müssen wir jetzt anfangen, denn das ganze System brauche zu seiner vollständigen Durchführung ein Jahr; da sei der Verlust eines Jahres nicht gering anzuschlagen. Keine Stimme habe sich im Saal erhoben, die uns anweise, eine isolirte Stellung einzunehmen oder uns an die beiden Südstaaten oder an Oesterreich oder an Frankreich anzuschließen. Ein Anschluß an Preußen bedinge aber moralisch und politisch, daß wir dasselbe leisten, was dieser Staat. Er kenne die schweren finanziellen Opfer, die wir bringen müßten; mit großer Vorliebe habe er stets die Fortschritte der badischen Finanzwirtschaft verfolgt, und es schmerze ihn, hier seine schönsten Pläne schwinden zu sehen; allein er beuge sich eben der Nothwendigkeit. Diese Finanzleistungen werden uns nicht ruiniren; die alten Griechen und Römer, sowie die Schweizer hätten an Geld und Personen Anderes geleistet, als uns jetzt zugemuthet werde; dort hätten sehr befähigte Männer noch in den Kampf ziehen müssen; hätten etwa Rom und Sparta nicht gekämpft, sei nicht die Schweiz ein blühendes Land! Bisher sei von uns für die nationale Sache nur geredet worden, aber Thaten entscheiden über die Geschichte der Menschen. Sollen wir uns brüsten, daß wir die Allianzverträge angenommen und dem Zollvertrag beigestimmt hätten? Das sei in Bayern und Württemberg auch geschehen, nur sei unsere Zustimmung mehr freundlichen Herzens erfolgt als dort. Jetzt müßten wir zeigen, daß es

uns Ernst sei, in den Nordbund zu treten; wir müßten diesen Ernst thatsächlich beweisen. Die Annahme einer gleichen Zivilprozeßordnung, eines gleichen Münzwesens wäre keine nationale That, aber die Annahme eines gleichen Wehrsystems sei eine solche, sei eine That, nach welcher alle Staaten des Kontinents sich umsehen werden. Viele Redner hätten gesagt, es sei ihnen schweil; auch die Kommission und der Berichterstatter hätten eine gewisse Schwüle gefühlt. Trotz der württembergischen Erklärung habe die Kommission zu keinem andern Antrag kommen können, als dem ursprünglichen. Am aufgestellten Prinzip solle die Kammer festhalten. Wenn in Preußen Beurteilungen vorkämen, so werden sie bei uns auch möglich sein; jedoch im Gesetz möchte er hierüber Nichts aufgenommen haben; das würde nur die nationale Bedeutung des Gesetzes abschwächen. Der praktische Werth des Vorschlags des Abg. Eckhard würde nach der Ansicht der Kommission nur der sein, daß man etwas Schwarz auf Weiß besäße, was sich, wenn es die Umstände zuließen, von selbst geben werde. Dem Antrag des Abg. Kujel könne er zustimmen.

Ministerialpräsident Dr. Jolly legt Namens des Präsidenten des Handelsministeriums einen Nachtrag zum Eisenbahnbudget vor.

Unterbrechung der Sitzung um 2 Uhr; Fortsetzung um halb 5 Uhr Nachmittags.

Karlsruhe, 21. Jan. In der Abend Sitzung der Zweiten Kammer der Landstände verzichtet der Abg. Wundt v. H. auf Stellung eines Antrags, durch welchen die Frage der jährlich vorzunehmenden Beurteilungen in das Gesetz aufgenommen werden sollte, und wünscht, daß der Kommissionsantrag eine recht große Majorität gewinne. Die Abgg. Turban und Kirsner schließen sich dem an; Kirsner beantragt einen Wunsch zu Protokoll, die Großh. Regierung möge die Uebungszeit des einzelnen Mannes möglichst abkürzen und dadurch auf Ersparnisse im Budget hinwirken. Ein Antrag des Abg. Moll auf Annahme des 1/2-Prozentsatzes wird von den Abgg. Bet und Kayser unterstützt, von den Abgg. Kiefer, Nicolai und dem Berichterstatter bekämpft. Beim Schluß des Blattes um 7/8 Uhr Abends dauert die Debatte über diesen Antrag noch fort.

Karlsruhe, 21. Jan. In dem vom Abg. Rent erstatteten Bericht über die Motion des Abg. Eckhard auf vollständige Regelung des weltlichen Stiftungsvermögens wird der Antrag gestellt:

„Die hohe Kammer wolle Se. Königl. Hoheit den Großherzog in einer unterthänigsten Adresse darum bitten, in thunlichster Weise die Rechtsverhältnisse der weltlichen Stiftungen im Wege der Gesetzgebung (bezw. durch Verordnung) vollständig regeln zu lassen, unter vorzugsweiser Berücksichtigung des Gesichtspunkts, daß die Verwaltung des weltlichen von der des kirchlichen Stiftungsvermögens getrennt und die erstere den beteiligten Gemeinden übertragen wird.“

### Deutschland.

Karlsruhe, 21. Jan. Ihre Großh. Hoheit die Fürstin von Leiningen, geb. Prinzessin von Baden, ist gestern zum Besuch der Großh. Familie dahier eingetroffen und hat im Großh. Schloß Wohnung genommen.

Stuttgart, 20. Jan. In der Zweiten Kammer wurde heute mit der Einzelberatung des Gesetzesentwurfs über die Verpflichtung zum Kriegsdienst begonnen. Die von der Kammer angenommenen 5 Artikel enthalten folgende Bestimmungen: Jeder Württemberger ist kriegsdienstpflichtig und kann sich in Ausübung dieser Pflicht nicht vertreten lassen. (Ein gegentheiliger Antrag Mohl's, welcher die Stellvertretung auch ferner beibehalten wissen wollte, wurde mit 55 gegen 27 Stimmen abgelehnt.) Das Aushebungsverfahren findet keine Anwendung auf die Prinzen des königlichen Hauses. (Die fast in ganz Deutschland befreiten Standesherren sind in Württemberg nicht befreit.) Angehörige des geistlichen Berufs sind von aller Militärpflicht befreit. Ausgeschlossen vom Waffendienst werden Die, welche die erforderliche Größe von 5' 4" 3" nicht haben, sowie körperlich und geistig Unbrauchbare; ausgeschlossen, wer wegen eines Verbrechens oder Vergehens zu einer den Verlust der bürgerlichen Ehren- und Dienstrechte nach sich ziehenden Freiheitsstrafe verurtheilt worden. Fortsetzung der Verhandlung morgen.

München, 20. Jan. Eine offiziöse Korrespondenz der „Allg. Ztg.“ erklärt die Gerüchte über die Ministerkrisis für pure Erfindung.

München, 20. Jan. (A. Ztg.) In der gestrigen Sitzung des Wehrausschusses der Kammer der Reichsräthe gelangte (wie telegraphisch bereits erwähnt) folgende, vom Kriegsminister vorgeschlagene Fassung des Art. 2 des Wehrgesetzes zur Annahme, und wird hoffentlich die Grundlage der Verständigung beider Kammern in dieser Frage werden: „Die aktive Armee soll bis zum 31. Dezbr. 1871, ohne Einrechnung der Offiziere, Militärbeamten und Ersatzmannschaften, ein Prozent der Bevölkerung des Königreichs nach der Zählung von 1867 betragen. Vom 1. Jan. 1872 an wird die Zahl der jährlich im Frieden in die aktive Armee zur Herstellung des Formationsstandes, ohne Einrechnung der Ersatzmannschaften, einzureichenden Wehrpflichtigen gesetzlich im Finanzgesetz festgesetzt.“ Die vierjährige Dienstzeit in der Reserve wurde aufgegeben, dagegen solche für die berittenen Truppenteile beibehalten, und statt des Art. 19 soll (auf den Antrag des Hrn. v. Riethammer) die Bitte an Se. Maj. den König dem Gesetz beigefügt werden: „die Thunlichkeit gesetzlicher Regelung des Beförderungs- und Pensionierungswehens im Heer allergnädigst in Erwägung zu ziehen.“ In einer Reihe von andern Punkten beantragt jetzt der Ausschuss Zustimmung zu den Beschlüssen der Abgeordnetenkammer. Es ist nun zu hoffen, daß die Verständigung zwischen beiden Kammern durch Annahme dieser Grundlage zu Stande kom-

men werde. Nach erzieltm Gesamtbeschlusse beider Kammern über das Wehrgesetz soll dieses, dem Vernehmen nach, mit dem 1. Febr. in Kraft und Vollzug treten.

Schwerin, 20. Jan. Die Ausführungsverordnung zu dem Bundes-Freizügigkeitsgesetz steht unter Andem fest, daß Neuangehende sich binnen 8 Tagen unter Nachweis ihrer Bundesangehörigkeit bei der Ortsobrigkeit zu melden haben, worüber letztere eine einfache Bescheinigung ausstellt.

Berlin, 20. Jan. Sitzungen beider Häuser des Landtags vom 20. Jan.

Im Abgeordnetenhaus wurde die Position „Landdrosteien“ bei namentlicher Abstimmung mit 201 gegen 54 Stimmen abgelehnt und der Antrag von Wessien angenommen. Die Anträge von Bunde und Solger, sowie die von Gohler, Holmann und Pommer-Gische wurden angenommen; der Antrag Regibi wurde zurückgezogen. Im weiteren Verlauf der Diskussion interpellirte Birchow die Regierung in der Spielbank-Frage, worauf der Minister des Innern erklärte: er sei prinzipiell mit den bezüglichen Beschlüssen des Reichstages und des Landtages gegen die Spielbanken einverstanden; die Regierung könne jedoch die Spielbanken nicht mit einem Mal beseitigen, ohne die kommunalen Interessen der betreffenden Städte zu schädigen. Die Regierung wolle die Spielbanken keineswegs so lange fortbestehen lassen, als ihre Konzession lautet; man müsse sich aber mit den Spielbank-Gesellschaften dahin einigen, das Spiel noch eine Reihe von Jahren zu dulden, unter der Bedingung, daß die Gesellschaften Kapitalien hergeben, welche es den betreffenden Städten möglich machen, die bisherigen Einrichtungen zu erhalten. In der Fortsetzung der Verhandlungen erklärte der Minister des Innern Waldeck gegenüber, die Einbringung eines Gesetzes, betreffend die sofortige Aufhebung der Spielbanken, sei unmöglich. — Der Antrag des Abg. Grumbrecht auf Streichung der für die Polizeiverwaltung von Hannover angeforderten 7000 Thlr. wurde angenommen, dagegen der Antrag Hemtigs auf Absetzung einer Lokalzulage von 1200 Thlr. für den Frankfurter Polizeipräsidenten abgelehnt, während die Anträge Grumbrecht's, betreffend die provisorische Regelung der Polizeiverhältnisse in Hannover, Annahme fanden.

Im Herrenhause legte der Handelsminister Gesetzentwürfe über Errichtung öffentlicher Schlachthäuser vor. Die Anträge der Geschäftskommission auf Änderung der Geschäftsordnung und das die Landesvermessung in Hohenzollern betreffende Gesetz wurden in der Fassung des Abgeordnetenhauses genehmigt.

Berlin, 20. Jan. Die von einem hiesigen Blatt gebrachte Mittheilung: es sei nunmehr ausgemacht, daß die Herzogthümer Schleswig und Holstein in nur eine Provinzialregierung erhalten würden, beruht auf bloßer Vermuthung. Eine Entscheidung dieser Frage ist noch nicht erfolgt. — Dem Vernehmen nach werden im Ministerium der landwirthschaftl. Angelegenheiten jetzt Vorlagen für die nahe bevorstehende Session des Landesökonomie-Kollegiums ausgearbeitet. Eine dieser Vorlagen betrifft die Frage wegen noch wirksamer Gestaltung der Maßnahmen zur Bewältigung der Kriberpest. — Der Kapitän zur See, Henck, ist in das Marineministerium berufen. Dort wird derselbe den Degenerenten für Ausrüstungsangelegenheiten, Kapitän zur See, Köhler, vertreten. Letzterer ist mit dem Kommando der neuen Panzerfregatte „Prinz Friedrich Karl“ beauftragt und befehligt worden von seiner Stellung im Ministerium dispensirt worden.

### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 20. Jan. Bei dem heutigen Empfang der Delegation des ungarischen Reichstags durch den Kaiser hielt der Alterspräsident Graf Maylatz eine Ansprache, den Gefühlen höchster Loyalität Ausdruck gebend. Der Kaiser erwiederte die Ansprache mit einer Begrüßung und dem Ausdruck der Ueberzeugung, daß die althergebrachte Verfassung des ungarischen Königreichs in der Institution der Delegation nur eine neue Garantie gewonnen habe, und daß das patriotische Streben der Delegation mit aller Energie dahin gerichtet sein werde, die Fragen der gemeinsamen Interessen zum Wohl aller seiner Völker einer gedeihlichen Lösung entgegen zu führen.

Bei dem später erfolgten Empfang der Delegation des Reichsraths hielt der Präsident Graf Auerstperg eine gleichfalls der ehrfurchtsvollsten Huldigung Ausdruck gebende Ansprache. Die Delegation würde in brüderlicher Gesinnung gegen die Vertreter der andern Reichshälfte bestrebt sein, zur erprießlichen Lösung jener Aufgaben mitzuwirken, damit die wohlwollenden Absichten des Kaisers erfüllt und die Interessen der Gesamtmonarchie dauernd gewahrt werden. Der Präsident schloß die Ansprache mit dem Wunsche: daß die neue Institution durch das Zusammenwirken aller Beteiligten sich für die Gesamtheit fruchtbar entwickle und erprobe. Der Kaiser erwiederte, indem er die Delegation in der frohen Zuversicht willkommen hieß, daß es ihr gelingen werde, die durch die Verfassung zugewiesene Aufgabe zu einer raschen und befriedigenden Lösung zu führen. Solches Erguebniß der Beratungen werde wesentlich dazu beitragen, das Vertrauen der Völker Oesterreichs zu den neubegründeten Institutionen zu heben und sie auf dem Boden der Verfassung neue Bürgerpflichten ihrer Freiheiten finden zu lassen.

Prag, 19. Jan. Abends. Heute Nachmittags verlautete, es sei von Seite der Czechen gegen den gestern Abends hier angekommenen Justizminister Dr. Herbst eine öffentliche Demonstration vorbereitet. Um die achte Abendstunde zogen czechische Pöbelhaufen, czechische Lieder singend, vom Graben zur Wenzels-Statue auf dem Wokmarkt, und führten vor dem „Café Prag“, welches meist von Deutschen besucht wird, eine Kagenmuff aus; in der Allegasse wurde die Menge von Polizisten erwartet und zerstreut. Andere Motten hatten sich gleichzeitig vor dem deutschen Kasino in der Breitengasse postirt, piffen, johlten, schrien, und zererschlugen eine Anzahl Fenstercheiben.

### Italien.

Florenz, 20. Jan. Die „Opinione“ versichert gegenüber den Meldungen der „France“, daß die italienische Regierung allerdings in einer nach Madrid gesandten Note gegen die



in der vielbesprochenen königlichen Rede über die italienischen Angelegenheiten ausgesprochenen Ansichten protestirt und gleichzeitig erklärt habe, daß, wenn anlässlich der letzten römischen Ereignisse Frankreich in der September-Konvention einen Grund zur Rechtfertigung seiner Intervention zu haben glaubte, die italienische Regierung doch niemals dulden werde, daß irgend eine andere Macht das Prinzip der Nichtintervention verletze. — Die „Italie“ widerlegt das Gerücht vom Ausbruch der Cholera in Civita-Vecchia und Rom.

**Florenz, 21. Jan.** Der Finanzminister Cambry-Digny legte gestern den Bericht über die Finanzlage vor. Das Defizit von 1866 beträgt 168 Mill. Das Defizit von 1867, einschließlich der Aufwand für die Oktober-Ereignisse, 223 Mill. Gesamtsumme bis Ende 1867 391 Mill. Das Defizit für 1868 wird auf 183 Mill. berechnet, dazu noch 56 Mill. verschiedene Kosten. Folglich Gesamtdefizit 630 Mill., welche durch Schatzscheine und andere Mittel des Schatzes auf 236 Mill. zurückzuführen sind. Um das Defizit von 236 Mill. zu decken, schlägt der Minister verschiedene Mittel vor; die hauptsächlichsten darunter sind: Nachsteuer 76 Mill., Einrückungs- und Stempelgebühren 19 Mill., Ersparnisse 14 Mill., zusammen 163 Mill., welche das Defizit auf 73 Mill. ermäßigen. Dieses Defizit würde durch fortschreitendes Steigen des Ergebnisses der vorgeschlagenen Steuern in 12 Jahren verschwinden. Der Minister kündigte ferner Entwürfe zur Vereinfachung der Provinzial- und Gemeindeverwaltung an. Der Dienst des Schatzes solle der Bank anvertraut werden. Er werde vorschlagen, die Einhebung der direkten Steuern den Gemeinden zu übertragen. Der Staat, sagte der Minister, habe noch für eine Milliarde und 200 Mill. Kirchengüter zur Verfügung. Er schloß, man könne für den öffentlichen Dienst des laufenden Jahres sorgen, ohne zu außerordentlichen Mitteln greifen zu müssen.

### Frankreich.

**\* Paris, 20. Jan.** Die „Patrie“ fährt fort, in ihren Leitartikeln den unerschütterlichen Glauben an die Fortdauer des Friedens an den Tag zu legen. Heute zieht sie gegen die russischen Blätter zu Felde, welche den Krieg zwischen Preußen und Frankreich als unvermeidlich darstellen möchten. Ein längerer darauf bezüglicher Artikel endigt mit folgenden Worten:

Die Sorgfalt, welche Preußen an den Tag legt, um die französische Empfindlichkeit zu schonen, ist gerade das, was zwischen ihm und dem Kaiserlichen Kabinett das ehrenhafte und aufrichtige Einverständnis hervorgerufen hat, von dem die russischen Blätter mit so über Laune Annehmen, als ob dieses Einverständnis als erstes Resultat die Vereitelung von Verbindungen zur Folge haben und die Kombinationen scheitern machen müßte, welche vor Allem auf der Eventualität der Bewilligungen mit dem Westen beruhen.

Heute wurde der Prozeß der 10 Blätter fortgesetzt. Es sprachen für „Aven nation.“ Emanuel Arago, für den „Gleanneur-Cure et Co.“ Gatinaud, und für das „Journ. des Deb.“ Ferd. Duval. Das Gericht schloß hierauf für heute und ernaunte die nächste Sitzung auf übermorgen, Mittwoch den 22. d., an. — Das „Journ. de Paris“ läßt sich aus London melden, daß diese Stadt, sowie Antibes und Villefranche sich in vollkommenem Verteidigungszustand befinden. — Dasselbe Blatt sagt: „Wenn die uns aus Florenz zugehenden Nachrichten zuverlässig sind, so hätte General Menabrea wenig Anstalten, noch lange Minister zu bleiben.“ — Wie verlautet, wird Hr. Dumas morgen im Senat seinen Bericht über das Militärgesetz verlesen. Dieser Bericht wird sofort dem Druck übergeben, und die Diskussion wird Mittwoch oder spätestens Donnerstag beginnen können. — Rente 68. 67 1/2, Cred. mob. 168. 75, Ital. Anl. 43. 79.

**Paris, 20. Jan.** Der „Constitutionnel“ kündigt an, daß der Finanzbericht Mauguin's sofort nach dem Votum des Senats über das Militärgesetz erscheinen wird. Die Armeedotationskasse mit einem Kapital von 350 Millionen wird dadurch disponibel und vermehrt das Kriegsbudget um 15 bis 20 Millionen.

### Rußland und Polen.

**St. Petersburg, 20. Jan.** Die Bodenkredit-Gesellschaft schloß durch ihren Ehrenpräsidenten, den Großfürsten Konstantin, einen Vertrag mit dem Hause Rothschild über Placierung von Pfandbriefen im Betrag von 50 Mill. Rubel ab. — Gestern fand die Vermählung der Prinzessin von Leuchtenberg mit dem Prinzen von Oldenburg statt.

### Baden.

**S Pforzheim, 20. Jan.** Zur definitiven Gründung eines Vorklubvereins für Stadt und Bezirk Pforzheim wurde heute der letzte Schritt gethan. Es fand nämlich in einer Versammlung der bis jetzt eingezogenen Mitglieder die Beratung und Annahme der Satzungen des Vereins, sowie die Wahl des leitenden Vorstandes und eines Ausschusses statt. Von jenen ist zu bemerken, daß für's erste Mal die Größe des für die Vereinszwecke erforderlichen Anlehens dem Vorstand und Ausschuss überlassen bleibt. Der Zinsfuß für Vorschüsse, welche an Vereinsmitglieder gewährt werden, wird für jetzt auf 6 Proz. festgesetzt. Der monatliche Beitrag eines Mitgliedes soll mindestens 15 fr., das Eintrittsgeld 1 fl., und das höchste Guthaben eines Mitgliedes, das aus seinen Beiträgen erwächst, 300 fl. betragen. Als Vorstandsmitglieder wurden gewählt, und zwar als Direktor: Hr. Fabr. Chr. Beder, als Kassier: Hr. Particular G. Fr. Strauß, als Schriftführer: Kaufmann H. Hoffmann.

**Manheim, 18. Jan.** Die Vorlesungen der Heidelberger Professoren nähern sich ihrem Ende. Nachdem Prof. Wattenbach vor 8 Tagen an Stelle des Hrn. Dr. Brie seinen Vortrag über Babylon gehalten, hielt Prof. Dr. Mendelssohn heute einen glänzenden Vortrag, in welchem er den Beweis anstrebte, daß die modernen Griechen in Leben und Sitten zum guten Theil die nämlichen Licht- und Schattenseiten zeigten, welche wir an den klassischen Griechen bewunderten und bewaunten. Es war ein reiches, durch vorzügliche Färbung glänzendes Gemälde, welches sich eben so sehr von Fallmerayer's schwarzer Zeichnung, als von der Verklärung der Philologen fern hielt. — Prof. v. Treitschke wird den 8. Februar

den letzten Vortrag dieses Kreises halten, Prof. Büchner aber nächsten Dienstag den ersten seiner Vorträge über Paläontologie aufnehmen.

**Baden, 18. Jan.** Nicht allein durch Gefühle des wärmsten Mitleids, sondern auch durch politische Sympathien veranlaßt, zeigt sich hier das regste Bestreben, zur Linderung des großen Nothstandes in Oesterreich beizutragen. Schon die freiwilligen Liebesgaben haben nach dem Verzeichniß in unserem Wochenblatt bereits fast 600 fl. ergeben. Außerdem fand aber heute Abend auf Veranstaltung des Direktors des Kurorchesters, Hrn. K. K. Mann, zum Besten jener Nothleidenden ein großes Konzert in unserem Theater statt, welches die Badankalender-Kommission hiezu bereitwillig eingeräumt hatte. Sämmtliche hiesige musikalische Vereine, Aurelia, Gemischter Chorverein, „Philomela“, Kirchenchor, Turner-Gesangverein, Hohenbaden, sowie Frau Pohl und Hr. Kammerfänger Stolzenberg aus Karlsruhe und einige hiesige kunstgebildete Dilettanten und das ganze Kurorchester haben dabei mitgewirkt. Und wie die Leistungen in musikalischer Beziehung sehr befriedigend, theilweise sogar vortrefflich waren, so übertraf die Theilnahme des Publikums alle Erwartungen, denn seit 4 Tagen war das Haus ganz ausverkauft und kein Billet mehr zu haben. Reicher Beifall lohnte die Mitwirkenden, und ein vollständiger Erfolg ward den Bemühungen des Hrn. K. K. Mann zu Theil, welcher auch wiederholt durch Hervorruf geehrt wurde. Die Reineinnahme beträgt die für die hiesigen Winterverhältnisse bedeutende Summe von über 500 Gulden.

### Vermischte Nachrichten.

**O Stuttgart, 20. Jan.** In der Ihnen bereits bezüglichen Versammlung der württembergischen Ritterschaft zu Eslingen wurde gestern beschloffen, eine Adresse gegen den Reichthum der Ritterschaft neigenden Verfassungsentwurf an Sr. Maj. den König zu richten. Uebrigens ist jetzt wahrscheinlich, daß die Kammer in ihrer demaligen Session den Verfassungsentwurf gar nicht mehr in Betrachtung nimmt. — Aus dem Oberamtsbischen Gaildorf im Jarkreis sind heute betrübende Berichte über eine große dort ausgebrochene Feuersbrunst eingetroffen, die nicht weniger als 40 Gebäude in Asche gelegt haben soll; darunter, wie man sagt, auch das Schloß der Grafen v. Rüdler-Empur-Gaildorf.

**Barmen, 17. Jan.** Beim hiesigen Centralcomite für die freiwillige Dotation waren bis zum 14. Jan. 39,842 Thlr. eingegangen.

**Hamburg, 18. Jan.** Bis jetzt sind hier etwa 23,000 Thlr. für die Nothleidenden in Dänemark gesammelt.

**Wien, 18. Jan.** Die von der „W. Med. Woch. Schr.“ verbreitete Nachricht, die wegen Noth in Untersuchung befindliche Kulle v. Cbergens sei wegen Gefährdung der gerichtsarztlichen Beobachtung unterzogen worden, ist, wie eine an die Redaktion des genannten Blattes gerichtete amtliche Berichtigung sie bezeichnet, eine bloße Erfindung. Julie v. Cbergens ist erst gestern bis halb 10 Uhr Nachts verstorben. Sie hat bei diesem Verstorben, wie die „N. Fr. Pr.“ erzählt, theilweise Geständnisse gemacht.

**Kopenhagen, 20. Jan.** Die zur Anlage des dänisch-norwegisch-englischen Telegraphen erforderliche Summe ist hier geschätzt worden und das Unternehmen somit als gesichert zu betrachten.

**London, 20. Jan.** Ein Telegramm der „Times“ aus Wien demontirt die umlaufenden Gerüchte über die Plünderungen Rußlands für einen Krieg im Orient. Rußland werde bei dem augenblicklich herrschenden Mangel an Geld und Waffen keinen Krieg beginnen.

**London, 20. Jan.** Aus Washington wird vom 6. Jan. gemeldet: Im Repräsentantenhaus wurde beantragt, die Legal-Tender-Noten allmählig zu amortisiren und sie zuerst zu 140 Cents bis schließlich zu pari (wenn sie in Summen unter 100 Dollars präsentirt werden) einzulösen. Der Antrag wurde dem Bankauschuss überwiefen.

\* Auch in Tunis ist, wie man der „Italie“ berichtet, der Nothstand ein größlicher. Am 7. sollen in der Stadt Tunis allein 230 Menschen (?) Hungers gestorben sein. Noch größer ist das Elend im Innern des Landes. Man sieht Mütter, welche ihre 5- bis 6-jährigen Kinder für einige wenige Franken verkaufen. Maltesische Schiffskapitäne haben schon verschiedene dieser armen Wesen gekauft und nach Malta gebracht, wo sie getauft und erzogen werden.

**Karlsruhe, 17. Jan.** (Schwurgericht.) In heutiger Sitzung, abgehalten unter Vorsitz des Großh. Kreisgerichtsraths Wielandt, fand die Verhandlung der Anklage gegen Johann Knappschneider, 39 Jahre alten, verheiratheten, vermögenslosen und gut beleumundeten Fabrikarbeiter von Durlach, wegen jahrelanger, durch vorläufige, im Affekt verübte Körperverletzung verursachter Tödtung statt. Die Anklage war hierbei vertreten durch Großh. Staatsanwalt Schloß, die Verteidigung durch Hrn. Anwalt Dr. Fürst. Die Beweiserhebungen ergaben folgenden Vorgang: Am Abend des 11. Nov. v. J. begab sich der Angeklagte, welcher in der Senecasschen Eigengieberei in Karlsruhe beschäftigt ist, in Begleitung des Wilhelm Weiler und Wilhelm Kungelmann, sowie zweier Lehrlinge, welche alle in der gleichen Fabrik arbeiten und in Durlach wohnen, von Karlsruhe durch die Durlacher Allee nach Hause. Unterwegs, zwischen 8 und 9 Uhr Abends, trafen sie in der Nähe des Alleehauses mit mehreren Leuten zusammen, welche von Durlach nach Karlsruhe gingen. Es waren dies Karl Weiß, Sohn des Grünbaumwirths Weich von Karlsruhe, und dessen Knecht Johann Stolzenhaller, welche zwei in Durlach gekaufte Schweine vor sich her trieben, und der 20 Jahre alte Schuhmachergehilfe Peter Eberle von Zobenbach im Großherzogthum Hessen, welcher sich als Hausgenosse dem Karl Weiß angeschlossen hatte und einige Schritte hinter diesen und Stolzenhaller verlief. Beim Vorübergehen gab es zwischen beiden Theilen Redereien, welchen sodann Schimpfworte folgten, und als schließlich Stolzenhaller ausrief: „Kommt her, wenn ihr was wollt“, kehrten die 3 Durlacher Arbeiter, Knappschneider, Weiler und Kungelmann, um und gingen in raschem Lauf gegen die Karlsruheer zum Angriff vor. Weiler raufte mit Karl Weiß, während Knappschneider und Kungelmann sich an Eberle machten. Der Letztere wehrte sich mit Fausthieben; Kungelmann ließ, weil ihn sein Mantel hinderte, bald von ihm ab und ging zu den in der Entfernung stehenden Gebliebenen zurück. Knappschneider aber zog sein Taschenmesser, öffnete dasselbe und stieß dessen scharfe und sibirische Klinge dem Peter Eberle in den Unterleib. Eberle wurde nach Beendigung der Kauferei in das Spital zu Durlach verbracht, wo er am 13. Nov. Abends gegen 10 Uhr in Folge der durch die Unterleibsverletzung entstandenen Darmentzündung starb.

Der Angeklagte legte weder ein Geständniß ab, noch auch stellte er die That bestimmt in Abrede, erklärte vielmehr wegen großer Trunkenheit keine Auskunft geben zu können. Letztere Behauptung erwies sich aber als eine Unwahrheit; denn wenn auch nachgewiesen wurde, daß der Angeklagte im Lauf des Nachmittags während der Arbeit in der Fabrik nach und nach 6 bis 8 Schoppen Bier getrunken hatte, deren Wirkung übrigens bei der austrocknenden Hitze des Schmelzofens an sich schon keine bedeutende sein konnte, so erklärten, abgesehen hiervon, eine Reihe von Zeugen mit aller Bestimmtheit, daß an dem Angeklagten unmittelbar vor und bei der That keine Spuren von Trunkenheit wahrzunehmen waren, und es ergab sich weiter, daß derselbe, nachdem er unmittelbar nach der That in einem Wirthshaus zu Durlach noch mindestens 3 Schoppen zu sich genommen hatte, immer noch nicht stark angetrunken war. Die Beweiserhebung widerlegte jeden Verdacht, als ob etwa Weiler oder Kungelmann der Thäter sein könnte, indem festgestellt wurde, daß Weiler überhaupt nicht mit Eberle gerauft hatte, ferner daß mit Kungelmann's Messer unmöglich die That verübt sein konnte und daß Eberle noch nicht verletzt war, als Kungelmann von ihm abließ. Ueberdies nahm der Zeuge Stolzenhaller unmittelbar, nachdem Eberle umgefallen, wahr, daß Knappschneider ein offenes Messer in der Hand hatte, und versicherte Kungelmann, dessen Beerdigung wie diejenige des Weiler von dem Gerichtshof beschloffen wurde, daß ihm der Angeklagte sofort nach Beendigung der Kauferei die That eingestanden habe.

Die Geschwornen erließen nach längerer Beratung ihren Wahrspruch ganz im Sinn der Anklage und verneinten sämtliche von der Verteidigung angeregten Fragen wegen Nothwehr, Erregung des Affekts durch schwere Beleidigungen und Trunkenheit. Der Gerichtshof erkannte gegen den Angeklagten auf 7 1/2 Jahre Zuchthaus oder 5 Jahre Einzelhaft.

**Aus Baden, 19. Jan.** Es dürfte für Ihre Leser von Interesse sein, zu erfahren, daß das vor einiger Zeit angefundene große Feldberg-Panorama in einer Länge von wenigstens 10 Fuß, nach der Natur aufgenommen von Maler F. J. Faller, binnen kurzem zur Ausführung gelangt. Die Steinzeichnung und den Farbendruck hat eine der ersten Kunstschulen Süddeutschlands und den Verlag des kostspieligen, aber sehr dankenswerthen Kunstwerkes die durch eine Reihe bezüglicher Unternehmungen bekannte Adolf Emmerling'sche Verlagshandlung in Heidelberg übernommen. Wir zweifeln nicht, daß den vielen Freunden des Schwarzwaldes durch gedachtes Kunstblatt eine besonders werthvolle Gabe geboten wird, und vernehmen wir, daß der Subscriptionspreis von 4 fl. 40 kr. nach Erscheinen eine Erhöhung erleidet; worauf wir Diejenigen aufmerksam machen wollen, welche das Panorama etwa beabsichtigen anzuschaffen.

### Silbverein zur Unterstützung der Nothleidenden in Oesterreich.

Seit unserer letzten Veröffentlichung sind wieder eingegangen: Durch Minn. R. G. Hader: Von Min. R. M. 5 fl., Durch die Expedition der Karlsruhe' Zeitung laut Ankündigung in Nr. 14 dieser Zeitung 422 fl., Durch Bürgermeister Herz: Von G. 1 fl. 30 fr., S. 1 fl. 45 fr., J. B. 1 fl. 45 fr., Herz 3 fl. 30 fr., zusammen 8 fl. 30 fr., Durch Oberbürgermeister Malch: Von der Loge Leopold zur Treue 25 fl., v. G. 10 fl., R. Ray 30 fr., G. Mors 12 fr., Fr. Fr. S. Wwe. 10 fl., Johanna und Jakob B. aus der Spatbüchse 3 fl. 30 fr., G. W. G. 3 fl., Bierbrauer Clever 5 fl., S. W. 2 fl. 30 fr., B. u. G. Ueberich einer Landpartie 30 fr., zusammen 60 fl. 12 fr., Durch Geh. Kreisrath v. Froben: Von Schloffer Christian Stiel 2 fl., Ungenannt 1 fl., Frau Schütz 36 fr., Pauline Schütz 12 fr., Fr. Klotz 12 fr., Fr. Schmidt 6 fr., Ungenannt 3 fl. 36 fr., K. u. Ungenannt 4 fl., Forststr. Kratina 1 fl. 45 fr., W. u. Frau 2 fl. 5 fr., Fr. Hofmüller Klüber Wwe. 1 fl., Ungenannt 4 fl. 10 fr., Ungenannt 1 fl., Knappe-Altst. R. 1 fl., Kaldner Klüber 38 fr., zusammen 20 fl. 20 fr., Durch Ministerialrath Nicolai: Von Fr. R. R. 5 fl., zusammen 5 fl. 15 fr., Durch Rabbiner Willstätter: Von ihm selbst 5 fl., Ungenannt 1 fl., Ungenannt 1 fl. 30 fr., Gastwirth Reutlinger 1 fl., R. R. 30 fr., G. 10 fl., A. W. 1 fl. 45 fr., Mar. Homburger 1 fl. 45 fr., zusammen 22 fl. 30 fr., Durch Stadtdirektor v. Reubronn: Von Hofjägermstr. Frhr. v. Schönau 5 fl., R. 2 fl., zusammen 7 fl., Durch Bürgermeister Herz: Von M. D. 5 fl. 15 fr., zusammen 9 fl. 15 fr., Durch Gd. Koelle: Von Med. Rath Juch 3 fl. 30 fr., a. d. Scharbäche von Ferdinand, Amalie u. Anna 3 fl., Wwe. A. S. 2 fl., vom Bezirksamt Karlsruhe, Ergebnis einer durch Vermittlung des Bürgermeisters Heine bei den Einwohnern in Graben veranstalteten Sammlung 106 fl., von Prof. Wagner 3 fl. 30 fr., Ingenieur Fünzigler, Konstanz, 10 fl., G. H. 3. Grünen Hof 10 fl., Comptoir der „Warte“ 95 fl., Gd. u. L. R. 8 fl., durch Fr. Zimmermann von Christian 30 fr., von J. A. 1 fl., durch Ob. Amtm. Groß in Jelliten von den Angefallten und einigen anderen Bewohnern d. d. 35 fl. 40 fr., durch Comptoir des Tagblattes „d. 17. Januar“ 1 fl., A. H. 1 fl. 45 fr., Hofkammerer Schweiger 1 fl., G. R. M. 2 fl., Ungenannt 2 fl., Ungenannt 1 fl. 10 fr. (Zus. 8 fl. 55 fr.), von Ungenannt 1 fl., Forststr. Dr. Klauersch 3 fl., Zusammen 291 fl. 5 fr., Im Ganzen 847 fl. 7 fr., wofür Danksagung. Dazu kommt laut unserer Veröffentlichung vom 17. d. 2034 fl. 40 fr.; sind also bis heute zusammen eingegangen 2881 fl. 47 fr. — Weitere Beiträge nehmen die im Kurort genannten Komiteemitglieder mit Dank entgegen. Die badischen Blätter werden im Interesse der Sache um Aufnahme dieser Veröffentlichung ersucht.

Karlsruhe, den 20. Januar 1868.

Die Hauptkassie: Gd. Koelle.

Für die Nothleidenden in Oesterreich ist bei der Unterzeichneten weiter eingegangen: Von Gd. S. 1 fl. 45 fr., von mehreren Bewohnern Harbheims 13 fl. 30 fr., von S. 2 fl. 30 fr., von der Harmoniegesellschaft Radolfzell (Ertrag einer Sammlung) 28 fl. 54 fr., zusammen 46 fl. 39 fr. Hiezu die abgelieferten 422 fl., im Ganzen 468 fl. 39 fr.

Zur Empfangnahme weiterer Geldbeträge sind wir gern bereit. Karlsruhe, den 21. Januar 1868.

Expedition der Karlsruhe' Zeitung.

**Frankfurt, 21. Jan., 2 Uhr 20 Min. Nachmittags.** Defferr. Kreditaktien 184 1/2, Staatsbahn-Aktien 243 1/2, National 53 3/8, Steuerfrei 48 1/2, 1860r Loose 70 1/2, Defferr. Baluta 99 3/8, 4 Proz. bad. Loose 98, Amerikaner 75 1/2, Gold —.

\* Neu-York, 18. Jan. Geld 138 1/2, Wechsel 109 1/2, Bonds (1882) 110, Petroleum Standard White (Philadelphia) 24 1/2 Cents die Gallone.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 23. Jan. 1. Quartal. 14. Abonnementsvorstellung. **Jessonda**; Oper in 3 Akten, von Spohr.

Freitag 24. Jan. 1. Quartal. 15. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Mal wiederholt: **Das Testament eines Sonderlings**; Schauspiel in 5 Akten, von Charlotte Birch-Pfeiffer. Anfang 6 Uhr.



